



Betr.: Nebenbeschäftigungen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 15. Februar 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In jüngster Zeit sind die so genannten Nebenbeschäftigungen von Magistratsbediensteten in die Schlagzeilen geraten. Wobei kaum zwischen Nebenbeschäftigung und Nebenbeschäftigung differenziert wird: Wenn beispielsweise eine teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft zusätzlich noch nebenbei putzen geht, weil sie mit dem Halbtagsjob im Magistrat finanziell überhaupt nicht über die Runden kommt, firmiert das ebenso als Nebenbeschäftigung, wie wenn etwa gut dotierte TechnikerInnen oder JuristInnen ihr Einkommen mittels GutachterInnen Tätigkeit auffetten. Mit anderen Worten: Wenn man sich mit dem Themenbereich Nebenbeschäftigungen befasst, sollte nicht bloß hinterfragt werden, wer was macht, sondern auch die Frage erörtert werden, warum Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats Nebenbeschäftigungen ausüben – denn zum Teil sind diese wahrscheinlich, so traurig das klingt, und dies sollte auch dem Dienstgeber zu denken geben, existenziell überlebenswichtig.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs

#### **die Anfrage,**

ob Sie bereit sind, eine genaue Aufschlüsselung vorzulegen,

- a) wie bei den Teilzeitbeschäftigungen im Magistratsdienst das Verhältnis zwischen Frauen und Männern aussieht
- b) wie viele Männer und wie viele Frauen insgesamt eine Nebenbeschäftigung gemeldet haben und
- c) wie viele teilzeitbeschäftigte Frauen und wie viele teilzeitbeschäftigte Männer eine Nebenbeschäftigung gemeldet haben.

Betrifft: Einrichtung einer zentralen  
Informationsdrehscheibe und  
Ombudsstelle für den Magistrat Graz



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

## Mündliche Anfrage

gemäß § der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 15. Februar 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Wo immer so genannte KundInnenkontakte vorkommen, kann es immer wieder passieren, dass auf Grund von mangelhaften Informationsschienen oder Missverständnissen Kommunikationsprobleme entstehen. In vielen Bereichen hat man darauf mit der Einrichtung von zentralen Anlaufstellen reagiert. Einerseits, um damit für Erstkontakte über eine geeignete Informationsdrehscheibe zu verfügen, von der die „KundInnen“ an die richtigen Adressaten weitervermittelt werden, andererseits aber auch als Anlaufpunkt zur Klärung von Missverständnissen oder auch für Beschwerden.

Ansatzweise, zumindest was offene Fragen bzw. Beschwerden anbelangt, ist ja aus aktuellem Anlass vor kurzem eine sogenannte Magistratshotline eingerichtet worden. Eine solche Serviceorientiertheit und BürgerInnennähe sollte aber nicht bloß anlassbezogen gegeben sein, sondern ist insgesamt als Ziel zu sehen. In diesem Sinne wäre es daher auch wünschenswert, eine derartige permanente Informationsdrehscheibe und Ombudsstelle für den Magistrat einzurichten - und zwar in der Konzeption, wie dies von Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk in der Vorwoche vorgeschlagen wurde: Nämlich in Form einer ständigen Anlaufstelle im oder auch statt des BürgerInnenbüros, an die sich Grazerinnen und Grazer bei allen Fragen, die den Magistrat betreffen, wenden können. Egal, ob es sich um grundsätzliche Auskünfte in bezug auf den Magistrat handelt, oder auch zur Klärung von Missverständnissen, für Beschwerden, bei offenen Fragen.

Wobei ich ausdrücklich darauf hingewiesen haben will, dass dies als Informationsdrehscheibe verstanden werden soll – als Serviceeinrichtung und im Sinne des Ausbaus der BürgerInnen- und KundInnennähe, was sowohl den Grazerinnen und Grazern als auch den MitarbeiterInnen des Magistrats zugute käme, durch einen raschen Informationslauf wie auch durch eine frühzeitige Bereinigung von möglichen Missverständnissen das partnerschaftliche Verhältnis zwischen BürgerInnen und Stadtver-

waltung wesentlich verbessert werden könnte. Und offene Fragen gibt es ja immer wieder und sehr viele, von Straßenerhalt und Straßenreinigung über Verkehrszeichen, Verfahrensabläufe bis hin zur Kinderbetreuungsplätzen: Und mit einer zentralen Anlaufstelle zu all diesen und vielen weiteren Fragestellungen könnte sehr viel zu einem positiven Klima beigetragen werden.

Die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine solche Informationsdrehscheibe und Ombudsstelle wären natürlich

- überaus umfassende Erfahrungen in Bezug auf die gesamte städtische Verwaltung
  - exzellente interne und externe Kommunikationskenntnisse
  - sehr gute Recherchefähigkeiten und
  - gute Querverbindungen zu den übergeordneten Gebietskörperschaften;
- angesiedelt werden müsste eine solche permanente Stelle im Bereich der Magistratsdirektion sein.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

**die Anfrage,**

ob du bereit bist, die Magistratsdirektion im Sinne des Motivenberichts die Einrichtung einer solchen permanenten Informationsdrehscheibe und Ombudsstelle, wie sie von Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk vorgeschlagen wurde, überprüfen zu lassen und dem Gemeinderat bis zur Sitzung am 19. April einen entsprechenden Bericht vorlegen zu lassen?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betr.: Bezeichnung der Dienststellen

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

Gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Mag. Dr.<sup>in</sup> Karin Sprachmann  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 15. Februar 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im „Neuen Grazer“ vom 1. Februar 2007 gibt es auf der Seite 8 ein Inserat zum Thema „Das große Klassentreffen“. Neben anderen Sponsoren, die in der Logoleiste am unteren Rand der Einschaltung auftreten, tritt auch die Stadt Graz – namens – „**Stadt Graz / Bildung und Schule**“ – mit einem Logo in Erscheinung.

Am 13. Juni 2002 wurden im Zuge der Magistrats-Reform – und Ämterzusammenlegung – auch die Benennungen der magistratischen Dienststellen vom Grazer Gemeinderat, dem obersten Organ der Stadt Graz, beschlossen. Demzufolge gibt es kein Referat „Bildung und Schule“. Nach Beschlusslage heißt das – im Ressort Miedl verankerte - Amt: „Stadtschulamt“.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs

#### **die Anfrage,**

- a.) ob sich der Magistrat Graz nun tatsächlich an diese, im Juni 2002 gefassten Beschlüsse bezüglich der Referats- und Dienststellenbenennung hält,
- b.) inwiefern eigene Logos von Dienststellen, die weder in der Bezeichnung des Referates/Amtes noch in den Vorgaben des Corporate Design, den Beschlüssen entsprechen, kontrolliert werden.

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 15. Februar 2007

Gemeinderat: Mag. Georg Fuchs

## **Anfrage an den Bürgermeister**

**Betreff: Auseinandersetzungen um den Kulturbeirat**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Kulturbeirat der Stadt Graz wurde 2004 vom Gemeinderat als kollektives, ehrenamtliches Beratungsorgan eingerichtet, um den Kulturstadtrat, wie es in der Geschäftsordnung heißt, „in wichtigen Fragen der Kulturentwicklung sowie bei großen Kulturprojekten zu beraten.“ Nun hat dieses Gremium seine Arbeit niedergelegt, weil es nicht bereit war, als Feigenblatt für Entscheidungen zu dienen, in die es in keiner Weise eingebunden war.

Offenbar legt der Kulturstadtrat wenig Wert auf Beratung, sonst hätte er nicht in einem Brief an die Mitglieder des Beirates seiner Sorge darüber Ausdruck verliehen, eine „öffentliche Diskussion und parteipolitische Kalküle“ würden „die besten Projekte noch vor deren Zustandekommen zu Fall bringen.“ Da Stadtrat Miedl also alleine entscheidet, welches die besten Projekte sind, ist es wenig überraschend, dass er Diskussionen oder gar Kritik grundsätzlich als störende politische Manöver betrachtet.

Dass nur ein einziges Mitglied des Beirates, das, wie es der Zufall will, für die Organisation des Festivals zuständig sein soll, rechtzeitig über dieses Vorhaben informiert wurde, stellt eine Missachtung sowohl der Geschäftsordnung des Kulturbeirates als auch üblicher demokratischer Gepflogenheiten dar. Dass der Kulturausschuss über die Subventionierung des Musicalfestivals mit 100.000 Euro bis heute nicht informiert wurde, ist angesichts dieses neuen kulturpolitischen Stils genausowenig überraschend wie akzeptabel.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Auf der Homepage des ORF Steiermark wird Stadtrat Miedl in Zusammenhang mit den 100.000 Euro für das Musicalfestival 2007 mit folgenden Worten zitiert: „Das ist Steuergeld, das ich im Vorjahr durch geschickte und kluge Vorgangsweise mir ersparen konnte.“

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die in den neuen Förderverträgen für die Freie Szene eingesparten 100.000 Euro dorthin zurückfließen? Sind Sie bereit, Ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Kulturbeirat die Wahrnehmung seiner in der Geschäftsordnung festgelegten Aufgaben zu ermöglichen?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 15. Februar 2007

Gemeinderätin: Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

## Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Absicherung des Verbleibs des Grundstücks, Grundstück Nr. 2985, KG Geidorf, Lindweg 24 in öffentlicher Hand

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor einigen Tagen ist eine Wohnungseigentümerin der ehemaligen Postsiedlung Lindweg 24 in Geidorf mit der Bitte an mich herangetreten, dass wir uns als KPÖ-Fraktion im Interesse der dort wohnenden Menschen dafür einsetzen mögen, dass die kleine Grünfläche vor dem Haus in der derzeitigen Form erhalten bleiben soll. Sie ist im Eigentum der öffentlichen Hand, wurde jedoch seit Jahrzehnten von einer Mieterin im Haus auf eigene Kosten liebevoll bepflanzt und betreut. Da die ehemalige Postsiedlung vor Kurzem gekauft und saniert worden ist, besteht jetzt die Sorge, dass der neue Besitzer an die Stadt herantreten könnte, mit der Absicht, diese kleine Grünfläche der Stadt abzukaufen, um dort möglicherweise Parkplätze errichten zu lassen.

Namens der KPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### Anfrage:

Sind Sie bereit, sich für den Verbleib des Grundstückes (Grundstücksnummer: 2985, KG Geidorf) im Besitz der öffentlichen Hand im Interesse der WohnungseigentümerInnen bzw. MieterInnen einzusetzen?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 15. Februar 2007

Gemeinderätin: Ina Bergmann

## Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Wohnbereichspark Schererstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Spielplatz bzw. der Wohnbereichspark in der Schererstraße kann bald ein 10 jähriges Jubiläum feiern. Allerdings nicht das Jubiläum seines Bestehens. Die Entstehung des Parks hat eine lange Geschichte und viele Menschen warten noch immer auf eine vollständige Benützung des Parks.

Jahrelang wurde von der Bevölkerung und dem Bezirksrat Wetzelsdorf ein einfacher Ballspielplatz für Kinder und Jugendliche eingefordert. Auf Grund der Tatsache, dass auf diesem Grundstück auch ein Hochwasserrückhaltebecken zu errichten war, war dieser Wunsch der Wetzelsdorfer Bevölkerung lange nicht zu erfüllen.

Nachdem der Druck seitens der BewohnerInnen stärker wurde und auch vom Bezirksrat einstimmige Anträge dazu beschlossen wurden, kam es im März 2005 zu einer Bürgerversammlung und anschließend konnten interessierte BürgerInnen an Workshops zur Gestaltung des Wohnbereichsparks mitarbeiten. Den aufgebrachten Besuchern der Bürgerversammlung wurde damals die Eröffnung des Parks für Ende 2005 versprochen.

Leider mussten die Kinder und Jugendlichen noch bis Ende August 2006 warten bis der größte Teil des Parks fertig war. Die feierliche Eröffnung wurde für Ende September 2006 sogar schriftlich angekündigt, hat jedoch bis heute nicht stattgefunden.

Der Park und Spielplatz wurde trotz anfänglicher Schwierigkeiten sehr gut angenommen. Kleine Änderungen und Adaptierungen nach den ersten Erfahrungen der Benützung wurden bereits vorgenommen. Leider ist der Park bis heute nicht in seiner Gesamtheit benutzbar. Der Bereich, welcher an die Seite der Strassgangerstrasse grenzt, wurde zwar gestaltet ist aber bis heute durch Bauzäune abgesperrt.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### Anfrage:

Aus welchem Grund ist der Park bis heute nicht zur Gänze benutzbar? Bis wann ist mit der endgültigen Fertigstellung zu rechnen?

**Anfrage an den Bürgermeister  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15.2.2007  
von GRin Lisa Rücker**

*Betrifft: Nebenbeschäftigungen im Magistrat Graz*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

können Sie den Gemeinderat darüber informieren,

1. wie viele Nebenbeschäftigungen derzeit im Magistrat Graz insgesamt gemeldet sind,
2. in welchen Ämtern es eine besonders hohe Anzahl an Nebenbeschäftigungen gibt und
3. wie viele der gemeldeten Nebenbeschäftigungen mit den amtlichen Tätigkeiten der betroffenen Personen zumindest artverwandt sind?



**Anfrage an den Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl,  
eingebracht in der GR-Sitzung am 15. 2. 07  
von GRin. Lisa Rücker**

*Betrifft: Bauliche Maßnahmen der ÖBB im Bereich Ostbahnhof*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

- a) wurde anlässlich der Errichtung des neuen Bahnsteiges im Ostbahnhof von der ÖBB mit der Stadt Graz Kontakt aufgenommen und der Zugang zum neuen Bahnsteig mit den Straßenbahnhaltestellen koordiniert;
- b) wurde von der ÖBB bzgl. Errichtung des (mehrere Hundert Meter langen) Leitungsschachtes der ÖBB (auf ÖBB-Gelände) mit der Stadt Graz Kontakt aufgenommen und
- c) wurde von der ÖBB für die Errichtung dieses Leitungsschachtes um Genehmigung angesucht,
  - nach dem Baurecht
  - nach dem Naturschutzrecht
  - nach anderen Rechtsmaterien;
- d) wurde von der Stadt Graz der ÖBB zur Rekultivierung dieses geschützten Landschaftsteiles ein Instandsetzungsauftrag erteilt;
- e) wird die markierte PKW-Zufahrt in diesen geschützten Landschaftsteil wieder beseitigt;
- f) wann wurde für das gewerblich genutzte (private) Tanklager der Fa. Roth (auf Bahn-Gelände) eine Bauverhandlung durchgeführt;
- g) wann wird für die Betonmauer entlang der C.-v.-Hötzendorfstraße - (sicher keine Eisenbahnanlage) - eine Bauverhandlung durchgeführt;
- h) wurden von der ÖBB oder jemand anderem bereits Vorarbeiten für die Errichtung der Gasverladestation (Kabelstränge, Mauerteile, etc.) getätigt
- i) müssten diese Vorarbeiten nach einer allfälligen Verlegung des Standortes der Gasverladestation der ÖBB finanziell abgegolten werden;
- j) hat es von Seiten der ÖBB konkrete Schritte für die Aufnahme von Verhandlungen für die Verlegung des Standortes für die geplante Gasverladestation gegeben;
- k) hat es von irgendeiner Stelle der Stadt Graz konkrete Schritte für die Aufnahme von Verhandlungen für die Verlegung des Standortes für die geplante Gasverladestation gegeben;
- l) hat es von Ihnen als Bürgermeister der Stadt Graz konkrete Schritte für die Aufnahme von Verhandlungen für die Verlegung des Standortes für die geplante Gasverladestation gegeben;
- m) wenn nicht, warum nicht ?

**Anfrage an den Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl,  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15.02.2007  
von GRin Christina Jahn**

*Betrifft: Uni - Viertel und LEO*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Anlässlich der andauernden Lärmproblematik im Univiertel kam es aufgrund einer Subvention seitens des BürgerInnenmeisteramtes zum Start des Projekts LEO. Dieses sollte, bestehend aus älteren, teilweise langzeitarbeitslosen Herren, durch Patrouillen für Ruhe und Ordnung im Univiertel sorgen. Beauftragt wurde das Projekt LEO durch den Verein Sicheres Univiertel, der sich am 19. April 2006 durch AnrainerInnen, Wirte und weitere engagierte BürgerInnen gegründet hat. Im Zuge der Vereinsgründung wurden wir Grüne seitens des Vereins gebeten, ein Mitglied der Grünen in den Vorstand zu nominieren, was wir aus inhaltlichen Gründen abgelehnt haben. Trotzdem wurde uns seitens des Vereins zugesichert, dass wir über Verlauf und Ergebnisse des Projekts kontinuierlich informiert werden, was bislang allerdings nicht geschehen ist. Tatsächlich haben wir nie wieder auch nur irgendetwas seitens des Vereins oder auch der Stadt, die das Projekt finanziert hat, gehört.

Angesichts der latenten und für die AnrainerInnen unzumutbaren Lärmbelastigung in der Monscheingasse, wurde nun auch hier seitens der Stadt Handlungsbedarf erkannt. Dabei wird, wie Stadtrat Werner Miedl im Zuge einer Diskussionsveranstaltung zur Situation in der Monscheingasse angekündigt hat, nun auch in diesem Bereich an eine Ausweitung des Projekts LEO geplant.

Da es über die Ergebnisse des Projekts im Univiertel bislang weder einen ausführlichen Bericht, noch Klarheit darüber, wie und von wem das Projekt in Zukunft finanziert werden soll, gibt, stelle ich an Sie folgende Anfrage:

Sind sie bereit, den Gemeinderat über die Ergebnisse, die geplante Weiterführung und auch die Art und Weise der künftigen Finanzierung des Projekts LEO zu informieren?

**Anfrage an den Bürgermeister**  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 15.2.2007  
von Klubobfrau Sigi Binder

*Betrifft: MigrantInnenbeirat*

Wir nehmen in letzter Zeit verstärkt wahr, dass es zwischen den politisch und auf Verwaltungsebene Zuständigen und dem MigrantInnenbeirat zu immer tiefgreifenderen Unstimmigkeiten kommt. Das hat mittlerweile auch ganz konkrete, unangenehme Auswirkungen und es entsteht der Eindruck, dass sich hier im Sinne einer produktiven Zusammenarbeit rasch etwas ändern muss.

Aus diesem Grund meine Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister:

Was gedenken Sie zu unternehmen, um diese sehr unbefriedigende Situation mit dem MigrantInnenbeirat zu verbessern?

**Anfrage**

Betreff.: Fahrradabstellplätze

15. Feber 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Anreize zu schaffen, um das Bewusstsein der Menschen für ökologisches Verhalten zu stärken, sollte zentrales Element unserer Politik sein. Ich möchte hier weder die Feinstaubwolke noch den Klimagipfel an die Wand malen, sondern einen konkreten – und leicht zu realisierenden – Vorschlag (mit einem Beispiel) unterbreiten.

Alltagsradler leisten offensichtlich einen Beitrag zu einer umweltgerechten Mobilität in unserer Stadt. Gerade jene Menschen die im Winter nicht vom Fahrrad auf den PKW umsteigen, verdienen unsere Anerkennung.

Um diesen Menschen die notwendige Anerkennung zu Teil werden zu lassen, sollte es uns daran gelegen sein, bei größeren Wohnbauprojekten Fahrradabstellplätze zu installieren. Fahrradkeller mögen wohl dazu geeignet sein, Fahrräder über den Winter sicher unterzubringen. Benutzt man sein Fahrrad jedoch Tag für Tag, so ist es eher hinderlich, das gute Stück täglich über das enge Stiegenhaus aus dem Keller holen zu müssen um es dann am Abend wieder dorthin zurück zu stellen.

Alltagsradler, die jemanden besuchen, der in einer Siedlung ohne öffentlichen Fahrradabstellplatz wohnt, stehen darüber hinaus vor einem besonderen Problem: Wo sollen sie das Fahrrad hinstellen, ohne dass es die Hausbewohner stört? (Insbesondere, wenn man mit dem Fahrrad noch einen Kinderanhänger mitführt, eine oft kaum zu lösende Frage.)

Man würde nun annehmen, dass es in Graz keine größeren Siedlungen ohne öffentlichen Fahrradabstellplatz gibt. Wie wir an dem von mir vorbereiteten Beispiel sehen, gibt es jedoch solche Siedlungen. Am 8. 11. 2000 hat der Gemeinderat den 04.05 Bebauungsplan "Waldertgasse" beschlossen. Bei dieser Bebauung wurde trotz ihres Umfangs auf Fahrradabstellplätze verzichtet!

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, sich bei den Bauträgern der Siedlung in der Waldertgasse dafür einzusetzen, dass diese nachträglich öffentliche Fahrradabstellplätze installieren? Sind Sie darüber hinaus bereit, sich bei der Stadtbaudirektion dafür einzusetzen, dass die Baudirektion prüft, bei welchen bestehenden Siedlungsprojekten die Errichtung von Fahrradabstellplätzen sinnvoll ist, und dafür, dass die Baudirektion bei künftigen Projekten die Errichtung von Fahrradabstellplätzen forciert?